



## Stich-Worte

### Wechselschichtdienst

Angeblich das „Herz“ der Polizei.

Vor Jahren von Politik und Vorgesetzten hochgelobt, für den Schichtdienst tun wir alles ...!!!, heute zum Stiefkind verkommen.

Gerade in den Bereichen der Polizeipräsidien Trier und Westpfalz, mit ihrem hohen Altersdurchschnitt, verabschieden sich täglich Kollegen aus dem Wechselschichtdienst, da sie gesundheitlich nicht mehr in der Lage sind, diesen Dienst zu verrichten. Durch ärztliche Atteste wird dies bestätigt.

Da Dienstvorgesetzte grundsätzlich von einem gewissen Misstrauen geprägt sind, und ihre Fürsorgepflicht gegenüber älteren Mitarbeitern nicht über den Tellerrand hinausgeht, schickt man die Leute dann noch zum Amtsarzt, um eine endgültige Bestätigung zu bekommen, dass nach einer Vielzahl von Dienstjahren im Wechselschichtdienst die Gesundheit gelitten hat.

Fürsorgepflicht kennt unser Arbeitgeber schon lange nicht mehr.

Wer krank ist, wird erst mal in die Schublade der Simulanten gesteckt, es sei denn, das Sterbedatum steht ihm schon auf der Stirn geschrieben.

Eigentlich müsste nach 25 bis 30 Jahren Schichtdienst Schluss sein.

In unseren europäischen Nachbarländern wird dies schon lange praktiziert.

Da hat man schon lange erkannt, welche körperliche und psychische Belastung der Schichtdienst mit sich bringt.

In Deutschland schaut man nur noch in die von der Politik geleerten Kassen.

Daher ist keine Gnade des Dienstherrn zu erwarten und hoffentlich beansprucht der pensionsberechtigte nicht solange das „Gnadenbrot“, damit der Finanzminister auch noch seinen Frieden hat.

### Ehe und Familie

Die Scheidungsrate wächst nicht nur in der Bevölkerung allgemein.

Gerade im Polizeidienst war sie schon immer sehr hoch.

Kein Wunder, neben dem schon belastenden Normaldienst, hier insbesondere der Wechseldienst, kommen noch eine Vielzahl von Sondereinsätzen hinzu.

Das einzige, im 5-Wochenrhythmus, freie Wochenende, wird gerade in den Sommermonaten, dann noch durch Sondereinsätze gestrichen.

Harmonisches Familienleben und die Pflege von Freundschaften werden beinahe unmöglich, da der Polizeibeamte/-beamtin, frei nach dem Motto „**allzeit bereit**“, zur Verfügung stehen sollen.

### Flexibilisierung

Das Schlagwort in der Führungsetage.

Damit glauben noch immer einige selbst ernannte Personalmanager, die Personalmissere auffangen zu können.

Eine Vorplanung erfolgt im 2-Monatsrhythmus, eine langfristige Freizeit- und Urlaubsplanung ist nicht mehr gewährleistet.



Lothar Winkelmann

Nichts anderes als eine verfehlte Personalpolitik sollen die Mitarbeiter hier ausbaden.

Der Einzelne wird zum Spielball seines Dienstvorgesetzten.

Die Arbeitszeiten werden noch unregelmäßiger und gesundheitsschädlicher.

Die so gerne gemachten Vergleiche mit der freien Wirtschaft sind bei der Polizei absolut unzulässig, da hier ganz andere Arbeitsvoraussetzungen herrschen.

### Poladis.et

Ein hochkomplexes System, welches das x-fache an Arbeitszeit bei der Vorgangsbearbeitung benötigt.

Was früher ein erfahrener Mitarbeiter in kürzester Zeit zu Papier brachte, dauert heute um das Vielfache länger.

Hin- und herklicken, Verknüpfung hierin erstellen, Beziehung dorthin erstellen.

Wenn es nicht so traurig wäre, könnte man lachen ...

Poladis.net blockiert den polizeilichen Alltag. Zeitaufwendig bis zum Gehtnichtmehr.

Ein Programm von Fachtheoretikern erstellt.

### Motivation und Leit(d)bild

Die Motivationsskala bei der rheinland-pfälzischen Polizei ist am unteren Ende angelangt. Wen wundert es?

Die meisten unserer Kolleginnen und Kollegen haben schon lange erkannt, dass sie die gemachten und vorhandenen Fehler ausbaden sollen.

Sie sind es leid, dies zu tun und entsprechend demotiviert.

Herr Minister Zuber glaubt es immer noch nicht, daß seine Aktion Leitbild gescheitert ist und der Buchstabe „T“ bei seinen „Untertanen“ durch ein „D“ ersetzt wurde.

Die Hoffnung stirbt zuletzt, anscheinend auch bei unserem Innenminister.

### Polizeiführung und Statistik

Viele unserer Kolleginnen und Kollegen sehen täglich mit Gräuel in ihre Dienstpläne.

Die Vorgaben der Führung sind mit dem vorhandenen Personal gar nicht erfüllbar. Trotzdem gibt es immer neue Vorgaben und Anweisungen, die erfüllt werden sollen.

Warum, ist jedem klar – man muss sich gut verkaufen und dem Ministerium müssen die Erfüllungszahlen gemeldet werden, damit die Statistik stimmt.

### Positives

Meine Frau fragte mich, ob ich auch etwas Positives geschrieben hätte. Ich musste lange überlegen.

Trotzdem fiel mir noch etwas ein, und zwar ein Zitat des Leiters der Polizeidirektion Pirmasens, welcher im Fernsehen auf die Frage, wer für ihn der Mensch des Jahres 2003 sei, antwortete, dass es für ihn nicht einen Menschen gäbe, sondern eine ganze Gruppe, und zwar seine Mitarbeiter, welche unter schwierigsten Rahmenbedingungen ihren Dienst verrichten müssten.

Mit kollegialen Grüßen –  
Lothar Winkelmann –  
Beisitzer Schutzpolizei

#### Impressum:

Redaktion:  
Günther Ucharim (v. i. S. d. P.)  
Senfelder Straße 8 F  
55129 Mainz  
Tel. (0 61 31) 4 59 19  
Landesgeschäftsstelle:  
Alicenplatz 2/4  
55116 Mainz  
Tel. (0 61 31) 23 44 88 v  
Fax (0 61 31) 22 52 67  
ISSN 0937-4876



## **DPoIG-Lokaltermin:**

### **Landesleitung bei der Bereitschaftspolizei**

**Am 11. März 2004 trafen sich in Mainz-Hechtsheim Mitglieder der DPoIG-Landesleitung mit dem Leiter der rheinland-pfälzischen Bereitschaftspolizei, Lothar Funk, und seinem Vertreter Thomas Brühl zu einem ausführlichen Meinungsaustausch über die aktuelle Situation bei der Bereitschaftspolizei.**

Zentrales Gesprächsthema war dabei die Gewährleistung der Einsatzfähigkeit der Bereitschaftspolizei in Zukunft, auch und insbesondere unter Berücksichtigung der geänderten Einstellungsmodalitäten und der damit verbundenen Anschlussverwendung von Absolventen/innen der Fachhochschule. Dazu verwies der Bepo-Chef zunächst darauf, dass auch die Bereitschaftspolizei in der Personalstärke nicht „Soll gleich Ist“ erreicht und derzeit nur rd. 85 % der gegenüber dem Bund

erklärten Sollstärke von 1019 Beamtinnen und Beamten erfüllen kann. Davon sind dann bei Feststellung der Einsatzstärke noch die „üblichen“ Ausfallquoten für Aufstiegsausbildung, Mutterschutz, Elternzeiten, Teilzeitbeschäftigungen, Einschränkungen der Dienstfähigkeit, Abordnungen u. a. m. in Abzug zu bringen. Beide Seiten stimmten in ihrer Bewertung völlig darin überein, dass die Bereitschaftspolizei auch in Zukunft in der Lage sein muss, nicht nur die „Regelaufgaben“ im Land

(Objekt- und Raumschutz, Unterstützung der Polizeipräsidien durch Rotation und bei Einsätzen, Abschiebungen, Werttransportbegleitungen), sondern auch besondere Lagen in Land und Bund mit funktionierenden geschlossenen Einheiten wahrzunehmen.

Sorgen bereitet in diesem Zusammenhang die Anschlussverwendung nach der Fachhochschulausbildung, die alle Absolventinnen/Absolventen durchlaufen sollen. So müssen in diesem Jahr ca. 200 und im kommenden Jahr rund 365 (!) Studienabgänger/innen in die Bereitschaftspolizei integriert werden. Bei gleicher Zahl von Versetzungen „erfahrener“ Einsatzkräfte in den Einzeldienst wäre die Folge, dass die operativen Einheiten überwiegend mit im geschlossenen Einsatz unerfahrenen Kräften ausgestattet wären. Auswirkungen auf die Bewältigung besonderer Einsätze (1. Mai

Berlin, Demonstrationseinsätze in Land und Bund, Castor-Transporte pp.) wären unausweichlich. Deshalb muss nach Lösungen gesucht werden, hier einen entsprechenden Ausgleich zu finden.

DPoIG und Bepo-Leitung stimmten dann auch darin überein, dass eine Versetzung der Fachhochschulabsolventinnen und -absolventen zur Bereitschaftspolizei für die Dauer ihrer dortigen Verwendung die sinnvollste Lösung aus vielerlei Gesichtspunkten darstellt und deshalb realisiert werden sollte.

Abgerundet wurde das Gespräch mit Erörterung der Einsatzbelastung der Bereitschaftspolizei, der aktuellen Versetzungsrunde 2004, der Trinkwasserproblematik (Legionellen) in einzelnen Standorten und der Schießstandproblematik im Land. DPoIG und Bepo-Leitung vereinbarten, dazu und zu allen anderen Themen kontinuierlich im Gespräch zu bleiben.

## **Beförderungen:**

### **Im Schnitt jeder Fünfte mit dabei**

Mit der Bekanntgabe der Beförderungszahlen im mittleren und gehobenen Dienst und deren Verteilung auf die Polizeibehörden und -einrichtungen (liegen bereits als Sonderinformation vor) sind die Beförderungsplanungen weitestgehend abgeschlossen. Ergänzt werden kann die Planung allenfalls noch durch unabwendbare Härtefallregelungen.

Im mittleren und gehobenen Dienst werden insgesamt 1.295 Beförderungen bei Polizei und Polizeiverwaltung vorgenommen. Davon entfallen 285 Ernennungen auf den Bewährungsaufstieg (regulär und erweitert). Häufig geäußerte Mutmaßungen aus dem Kollegenkreis, dass „diese kostenneutralen Ernennungen den „Löwenanteil“ ausmachen“, treffen damit nachweislich nicht zu. Immerhin erfolgen nahezu vier Fünftel der Beförderungen in den anderen Bereichen und entfalten damit volle Kostenwir-

kung durch Besoldungsverbesserung bei den Begünstigten. Ergänzt wird dieser Rahmen durch Beförderungen im höheren Dienst: hier sind es nach dem aktuellen Stand 35 Kolleginnen und Kollegen, die in den Genuss einer Beförderung kommen. Davon entfallen sechs Stellen auf den Verwendungsaufstieg vom gehobenen in den höheren Dienst (3 S/3 K). Der Gesamtumfang an Beförderungen erhöht sich damit auf 1.330. Hinzu kommen im Laufe des Jahres noch die Ernennungen zum Polizeikommissar nach der Fachhochschule und nach der Aufstiegsausbildung (ASA) sowie die Beförderung in den höheren Dienst für die Absolventen der Polizeiführungsakademie. Insgesamt werden dann im Jahr 2004 rund 1.800 Beförderungen in der rheinland-pfälzischen Polizei ausgesprochen oder im Schnitt gesehen jede fünfte Kollegin, jeder fünfte Kollege befördert werden.

## **DPoIG – Beharrlichkeit zahlt sich aus: 250 Neueinstellungen 2004!**

Entgegen der bisherigen Beschlussfassung zum Haushalt 2003 wird es jetzt doch 250 Neueinstellungen in die rheinland-pfälzische Polizei geben. Das gaben Ministerpräsident Kurt Beck und Innenminister Walter Zuber nach der Kabinettsitzung am 30. 3. 2004 bekannt.

Der Ministerpräsident und der Innenminister verwiesen zur Begründung darauf, dass der gegenüber dem Landtag abgegebene Bericht „Zukunft der Polizei in Rheinland-Pfalz“ detailliert nachgewiesen haben, dass zur mittelfristigen Sicherung des Personalbestandes von ca. 9.000 Beamtinnen und Beamten diese Einstellungsgröße erforderlich sei. Der Landtag hatte mit dem Haushalt lediglich 200 Stellen bewilligt, was auch von der DPoIG heftig kritisiert worden war. Im nachfolgenden Gesprächen mit den Fraktionen des Landta-

ges und dem Ministerium hatte die DPoIG deshalb weiter darauf gedrängt, die im „Zukunftsbericht“ vorgesehene Einstellungsquote auch einzuhalten, um keinen weiteren Personalabbau heraufzubeschwören. Die jetzt getroffene Lösung findet daher auch die uneingeschränkte Zustimmung der DPoIG und beweist, dass beharrliches gewerkschaftliches Engagement doch zum Erfolg führt.

Es darf an dieser Stelle auch nicht verschwiegen werden, dass damit auch nur das unbedingt Notwendige getan wird, um den Personalstand zu halten – so denn die Prognosen des Zukunftsberichts auch tatsächlich einzutreffen. Die DPoIG wird deshalb weiter an ihrer Zielsetzung, nach der für unser Land 10.000 Polizeibeamtinnen und -beamte erforderlich sind, festhalten. Angesichts der dramatischen Haushaltsla-



ge wissen wir aber auch, dass dieses Ziel allenfalls langfristig zu erreichen sein wird.

Nach dieser Entscheidung der Landesregierung werden am 2. Mai 2004 insgesamt 284 Anwärterinnen und Anwärter bei den Polizeipräsidenten

begrüßt werden, da auch noch 34 Ergänzungseinstellungen für „Ausbildungsabbrecher“ vorgenommen werden. die DPoIG sagt allen „Neuen“ schon jetzt „herzlich willkommen in der rheinland-pfälzischen Polizei“.

hin wurde über die Schaffung eines Berufsbildes Kommunalen Vollzugsdienstes gesprochen sowie die Erweiterung der Ausbildung, die zurzeit neun Wochen beträgt, aber nicht ausreicht.

Ferner wurde nochmals die Gefährdung des Vollzugsdienstes angesprochen. In diesem Zusammenhang muss nach Auffassung der DPoIG dringend die Ausrüstung der kommunalen Vollzugsbeamten verbessert werden. Diese Problematik, wie auch das Thema Dienstbekleidung, sollte bei Gesprächen vor



Ort sowie bei Info-Veranstaltungen über das neue POG nochmals erörtert werden. DB.

## KV Kommunalen Vollzugsdienst: Informatives Gespräch zwischen CDU und DPoIG

Am Donnerstag, dem 11. März 2004, fand mit Vertretern der CDU-Landtagsfraktion ein Gespräch im Abgeordnetenhaus in Mainz statt. Die CDU war mit den Abgeordneten Frau Marlies Kohnle-Gros und Herrn Franz-Josef Bischel vertreten. Seitens unserer Gewerkschaft nahmen die Kollegen Paul Skorny, Jörg Eiden und Detlef Best an der Unterredung teil.

Landesgeschäftsführer Paul Skorny gab eingangs einen Überblick über die Aufgaben und Probleme des kommunalen Vollzugsdienstes. Hierbei kamen die Ausstattung, die Ausbildung sowie die Gefahren bei der täglichen Arbeit zur Sprache. Allgemein wurde festgestellt, dass durch die hinreichend bekannte Personalknappheit der Polizei der kommunale Vollzugsdienst

vermehrt herangezogen wird, um seine ihm nach dem Gesetz übertragenen Aufgaben zu erledigen.

In den Städten sowie auch im Bereich des Rhein-Pfalz-Kreises werden die zugewiesenen Aufgaben erledigt, dort klappt auch der kommunale Vollzugsdienst. In anderen Gebieten werden die Aufgaben noch nicht wahrgenommen, da auch Vollzugsbeamte fehlen und Bürgermeister sich wehren, Vollzugsbeamte einzustellen. Demgegenüber hat die ADD Trier vor einiger Zeit ein Schreiben herausgegeben, dass bei den Ordnungsbehörden Vollzugsdienstete einzustellen sind.

Die Gesprächspartner vereinbarten, eine Auflistung zu erstellen über Ausbildung, Ausrüstung, Einstufung und diese der CDU-Landtagsfraktion zukommen zu lassen. Weiter-

## LESERBRIEF

Zum Bericht in der DPoIG-Fachzeitschrift **Polizeispiegel**, Januar/Februar 2004 – Landesverband Rheinland-Pfalz –, Seite 2

### Persönliche Sicherheit

#### CDU kritisiert schleppende Ausstattung mit Schutzwesten

Sehr geehrte Frau Kohnle-Gros, mit großem Interesse habe ich in der Gewerkschaftszeitung der DPoIG gelesen, dass der Eigenschutz der rheinland-pfälzischen Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten für die CDU-Landtagsfraktion ein außergewöhnliches Thema ist.

Dem kann ich persönlich nur zustimmen.

Ich möchte jedoch die Frage stellen, ob dieser Eigenschutz nur für die Polizei wichtig und notwendig ist?

Wir haben in unserem Land viele kommunale Vollzugsbeamtinnen und Vollzugsbeamte, die zwar nicht die gleichen Aufgaben wahrnehmen wie die Polizei, aber sich doch sehr oft den selben Gefahren aussetzen müssen!!!

Auch sie bewegen sich Tag für Tag in einer sehr gewaltbereiten Szene. Sie wirken als neutrale Zeugen bei Hausdurchsuchungen von Schwerverbrechern mit. Sie überprüfen die Schwarzarbeit

und den illegalen Aufenthalt. Sie kontrollieren Sozialhilfebetrüger, überwachen den Jugendschutz, kontrollieren Gaststätten, Flohmärkte, Volksfeste und vieles vieles mehr.

Dabei sind sie oftmals alleine unterwegs, auch nachts.

Sie sind zwar Beschäftigte der Kommunen, müssen sich aber wie jeder Polizeibeamte Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung nach dem Polizei- und Ordnungsbehördengesetz annehmen. Sie werden bei der Landespolizeischule ausgebildet. Diese Ausbildung ist absolut notwendig und der einzige Weg, um später ihre Aufgaben ordnungsgemäß wahrnehmen zu können.

Aber immer noch nicht haben alle landesweit die gleichen Ausrüstungsgegenstände. Viele Kommunen wollen sich ihre Eigenständigkeit bewahren und es wird bewusst und gewollt auf das ein oder andere verzichtet – zum Leidwesen und der möglichen Gefahr des einzelnen Beamten.

Aber auch seitens des verantwortlichen Fachministeriums, welches die Vorgaben macht, wird nicht massiv genug Druck auf die Verantwortlichen ausgeübt. Es ist doch alles in Gesetzen, Richtlinien, Verwaltungsvorschriften o. ä. empfohlen. Aber genau das ist das Problem, eine Empfehlung ist eben keine Pflicht. Und genau deswegen sind die „Chefs“ der Kommunen vielfach nicht bereit, die erforderlichen Ausrüstungsgegenstände anzuschaffen,

## Sonderwerbeaktion

Für 1 Euro im Monat 1 Jahr lang Neumitglied der DPoIG Rheinland-Pfalz

**Einsteigen**

**Umsteigen**

**Jetzt zur DPoIG**

**Wir bieten Sonderkonditionen zum Kennenlernen:**

**Für einen Euro pro Monat ein Jahr lang Neumitglied der DPoIG und das alles „all inclusive“\***

\*komplette Leistungen der DPoIG für Neumitglieder unter Verzicht auf Werbeprämie oder Prämien

DPoIG – Alicenplatz 4 - 55116 Mainz, Fon 0 61 31-23 44 88, Fax 0 61 31-22 52 67, www.dpolg-rlp.de, DPoIG@t-online.de





von Uniformen ganz zu schweigen.

Muss es erst zu einer Verletzung oder gar Tötung eines kommunalen Vollzugsbediensteten kommen? Auch wir haben Familien und tragen die Verantwortung für diese.

Verantwortung hat aber auch der, der für die Bediensteten für Fürsorgepflicht besitzt. Muss also wieder erst etwas passieren, bevor man etwas tut.

Sehr geehrte Frau Kohnle-Gros, Sie als polizeipolitische Sprecherin der CDU-Landtagsfraktion möchte ich auf diesem Wege bitten, das Problem zumindest einmal zu thematisieren.

Ich weiß, dass das Berufsbild des kommunalen Vollzugsbediensteten relativ unbekannt ist, aber ich bin der festen Überzeugung,

daß der Eigenschutz dort den selben Stellenwert haben sollte wie bei den Kolleginnen und Kollegen der Polizei.

Auch bin ich mir darüber im Klaren, dass es für Sie wichtigere Dinge als das von mir Genannte gibt, bitte aber zu bedenken, dass meine Kolleginnen und Kollegen, die jeden Tag für die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger sorgen, unbedingt die Hilfe der Politik brauchen.

Um Ihnen einen persönlichen Eindruck in die Arbeit eines Vollzugsbediensteten zu geben, würde ich Sie gerne einladen, Ihnen die Dinge vor Ort zu zeigen.

Im Voraus vielen Dank für Ihre Unterstützung.

*Dieter Lotter  
Kommunaler Vollzugsbeamter*

## Grenze erreicht:

### CDU: Es ist fünf vor zwölf in Sachen innere Sicherheit

Darauf haben der innenpolitische Sprecher der CDU-Landesfraktion, Michael Hörter, und die polizeipolitische Sprecherin Marlies Kohnle-Gros hingewiesen. Im Rahmen ihrer „Woche der inneren Sicherheit“ haben die Mitglieder der CDU-Landtagsfraktion Polizeidienststellen in ihren jeweiligen Wahlkreisen besucht. Auch in Nachtschichten konnten sich die Abgeordneten ein Bild über die tatsächliche Sicherheitslage und Arbeitsbedingungen in den Dienststellen machen. Darüber hinaus tagte die CDU-Fraktion bei der Bereitschaftspolizei in Mainz und nutzte nach einer Besichtigung der Unterkunft einschließlich einer Leistungsschau die Gelegenheit zu Gesprächen mit den Polizeibeamten. Die „Woche der inneren Sicherheit“ begleitend, wurde eine große Anfrage zur Zukunft der Polizei in Rheinland-Pfalz von der CDU-Fraktion beschlossen und eingereicht.

Die Personalsituation bei der rheinland-pfälzischen Polizei, so Hörter und Kohnle-Gros weiter, sei so dünn, dass viele polizeili-

chen Pflichtaufgaben oft nur unter größten Anstrengungen zu bewältigen seien. Insbesondere im ländlichen Raum seien Einsätze nur mit erheblichen zeitlichen Verzögerungen möglich. Bei Einbrüchen brauche die Polizei nach der Erstalarmierung teilweise mehrere Stunden bis zum Eintreffen am Ort des Geschehens. „Die Situation verschärft sich immer mehr“, so die Abgeordneten mit Blick auf den zunehmenden Objektschutz und die anstehende Fußball-WM. Aus diesem Hintergrund fordert die CDU-Landtagsfraktion, dass zumindest 300 Polizeianwärterinnen und Polizeianwärter pro Jahr eingestellt werden. „Mit 300 Anwärtern können wir gerade so die Polizeistärke halten“, so Hörter.

Übereinstimmend sind die Abgeordneten der Auffassung, dass die Beamtinnen und Beamten von Schutzpolizei, Kriminalpolizei, Bereitschaftspolizei und den anderen Dienststellen in Rheinland-Pfalz „großes persönliches Engagement“ aufbringen und damit zur bestmöglichen

Sicherheit in Rheinland-Pfalz beitragen, die unter den von der Landesregierung gesetzten Bedingungen möglich ist. „Das täuscht allerdings nicht darüber hinweg, dass die Grenzen der Belastbarkeit längst erreicht sind und die SPD-geführte Landesregierung dringend gefordert ist, die Rahmenbedingungen den zum Nachteil veränderten Umständen anzu-

passen“, so Michael Hörter und Marlies Kohnle-Gros.

Insofern, so Kohnle-Gros, reichen die jetzt angekündigten zusätzlichen 50 Polizeianwärterinnen und Polizeianwärter nicht zur Behebung des Problems. „Hinzu kommt, dass fünf Jahre vergehen werden, bis diese 50 Anwärter bei den Polizeiinspektionen des Landes eingesetzt werden können.“

## Höhere Arbeitszeiten:

### DPOIG und dbb tarifunion bieten Schutz

Die Länder wollen nach ihrer Kündigung der Arbeitszeittarifverträge höhere Arbeitszeiten für geltende Arbeitsverträge durch die „Hintertür“ einführen. Bei jeder Beförderung soll eine höhere Wochenarbeitszeit in den Vertrag geschrieben werden. Die Fachgewerkschaften der dbb tarifunion sind entschlossen, ihre Mitglieder vor diesem Vorgehen zu schützen.

Konkret empfehlen DPOIG und dbb tarifunion:

- „Unterschreiben Sie keinen Arbeitsvertrag, der die Erhöhung der Arbeitszeit vorsieht! Setzen Sie sich mit Ihrer Gewerkschaft in Verbindung!

- Melden Sie der dbb tarifunion jeden Versuch des Arbeitgebers, einer Kollegin/einem Kollegen eine höhere Wochenarbeitszeit aufzudrücken!

- Für Arbeitnehmer, die vor Wirksamwerden der Kündigung (30. April 2004) Mitglied einer Fachgewerkschaft der dbb tarifunion (also auch der DPOIG) sind, gilt, dass die bisherigen Tarifverträge nachwirken.

- Als Mitglied einer Fachgewerkschaft der dbb tarifunion, als Mitglied der DPOIG, haben Sie in dieser Frage Rechtsschutz!

- Deshalb: Werden Sie noch vor dem 30. April 2004 Mitglied der DPOIG!“

## Wichtig für Eltern:

### Vorgezogenes Abitur gefährdet Kindergeldzahlungen

Durch das vorgezogene Abitur in Rheinland-Pfalz geht zahlreichen Abiturientinnen und Abiturienten das Kindergeld verloren. Weil sie ihren Schulabschluss drei Monate früher machen, überschreiten viele der Jugendlichen die festgelegte Frist von maximal vier Monaten bis zum Beginn der Ausbildung, Zivildienst oder Wehrdienst. Der Anspruch auf Kindergeld geht nach dem Einkommensteuergesetz verloren, wenn zwischen dem Schulabschluss und dem nächsten Ausbildungsabschnitt mehr als vier Monate liegen.

Das Finanzministerium geht in der Antwort (Drs. 17/2952) auf eine Kleine Anfrage der GRÜNEN davon aus, dass der Bezug von Kindergeld weiter möglich ist, wenn die Jugendlichen sich als arbeitssuchend melden. Ob das tatsächlich zur Weiterzahlung des Kindergeldes führt, ist rechtlich noch nicht überprüft. Darüber hinaus musste Finanzminister Gernot Mittler einräumen, dass die Landesregierung keine Kenntnis über die Anzahl der Fälle hat, in denen nach dem vorgezogenen Abitur die Zahlung von Kindergeld eingestellt wurde.